

MIW 10 / 1865

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß



Entwurf des Haushaltsgesetzes 1989

Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie

- Drucksachen 10/3500 und 10/3740 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des Ausschusses
für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Berichterstatter Abgeordneter Gerd Müller SPD

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 08 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses
für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie - wird mit den
aus dem nachfolgenden Bericht ersichtlichen Änderungen an-
genommen.

Bericht

MMV 10/1866 -

A Allgemeines

Der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie hat die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Teile des Einzelplans 08 in seinen Sitzungen am 5. Oktober, 2. und 23. November 1988 beraten.

Der Einzelplan 08 wurde unter Berücksichtigung der nachfolgend aufgeführten Änderungsempfehlungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. vom Ausschuß angenommen.

MMV 10/1866

I. Anträge des Ausschusses

1. Kapitel 08 050

- Förderung des Bergbaues und der
Energiewirtschaft

Titel 697 13

- Erstattung der Erblasten des
Steinkohlenbergbaues

Der Ausschuß stellte auf Vorschlag des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie den Antrag, den Ansatz von 25 000 000 DM um 43 500 000 DM auf 68 500 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die Erblastenerstattung ist in Verträgen geregelt, die der Bund im Einvernehmen mit dem Land mit den einzelnen Bergbauunternehmen abgeschlossen hat. Rechtsgrundlage der finanziellen Drittelbeteiligung und der Mitwirkungsrechte des Landes sind drei Staatsverträge mit dem Bund aus den Jahren 1969 und 1971, die die Mitwirkung des Landes bei der Förderung des Zusammenschlusses der Bergbauunternehmen zu einer Gesamtgesellschaft regeln.

In den Erblastenverträgen Bund/Bergbauunternehmen ist seinerzeit zunächst eine Laufzeit bis zum 31.12.1988 vereinbart worden. Alle Verträge enthalten aber daneben die Klausel - z.B. § 23 im Erblastenvertrag mit der Ruhrkohle AG - :
" Die Vertragspartner werden sich rechtzeitig vor Ablauf der Verpflichtung des Bundes zur Übernahme von Erblasten nach diesem Vertrag darüber verständigen, ob und inwieweit eine Fortsetzung der Regelung erforderlich ist."

Die heutige Lage des Steinkohlenbergbaues macht eine Fortsetzung der Erblastenregelung aus folgenden Gründen dringend erforderlich:

- Der Bergbau befindet sich weiter und erneut in einer Anpassungsphase, in der die Erblasten die schrumpfende Förderung mit wachsenden Kosten belasten.
- Eine Abwälzung auf den Preis ist nicht realisierbar. Insbesondere eine Erhöhung des Kraftwerkskohlepreises würde die Probleme des Verstromungsfonds weiter verschärfen. Einer der Eckpunkte zur Sicherung der Verstromungsregelung ist die Konstanzhaltung der Kosten durch den Bergbau. Ein Kostenzuwachs von 210 Millionen DM pro Jahr bei Wegfall der Erblastenerstattung würde der Bergbau aber nicht mehr selbst auffangen können, womit ein Durchschlagen auf den Kraftwerkskohlepreis unvermeidlich würde.

Aus diesem Grund hat der Bund, nachdem er zunächst zu einer Fortsetzung der Erblastenregelung wenig Neigung zeigte, nunmehr seine Bereitschaft signalisiert, die Regelung zunächst bis 1991 fortzusetzen. Entsprechende Vorsorge wird derzeit im Bundeshaushalt getroffen.

Es liegt darüber hinaus im grundsätzlichen Interesse des Landes, den Bund weiterhin in eine Erblastenregelung einzubinden, um seine Mitverantwortung für diese im Gesamtinteresse der Volkswirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten verursachten Folgen des Kohleabbaues als Basis einer gesicherten Energieversorgung zu dokumentieren. Aus diesem Grunde strebt die Landesregierung eine möglichst langfristige Fortsetzung der Regelung an. Um für

eine Fortsetzung der Erblastenregelung die haushaltsmäßigen Voraussetzungen beim Land zu schaffen, ist die Erhöhung des Ansatzes für 1989 bei dem Erblastentitel von 25 Millionen DM auf 68,5 Millionen DM entsprechend dem Bundesansatz zwingend erforderlich. Der bisherige Ansatz berücksichtigt nur die bei einem Auslaufen der Erblastenverträge aus 1988 noch fällig werdenden Verpflichtungen.

2. Kapitel 08 050 - Förderung des Bergbaues und der Energiewirtschaft
Titel 697 16 - Zuschüsse zur Haldenfinanzierung

Der Ausschuß stellte auf Vorschlag des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie den Antrag, die Verpflichtungsermächtigen bei Titel 697 16 von 9 500 000 DM um 12 000 000 DM auf 21 500 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Nach den derzeit geltenden vertraglichen Bestimmungen zur Nationalen Steinkohlenreserve sind die deutschen Bergbauunternehmen verpflichtet, die am 31.12.1989 noch vorhandenen Haldenbestände im Zeitraum von 1990 bis 1993 jeweils zum 1.1. in jährlichen Teilmengen von 25 % zurückzukaufen.

Durch die Änderung und Ergänzung des Vertragswerkes zur Nationalen Kohlereserve im Jahr 1987 wurden neue Preisfestsetzungsbestimmungen auch bei vorzeitigen Rückkäufen festgelegt. Die durch vorzeitige Rückkäufe

unter dem Einlieferungswert entstehenden Verluste sind durch Bund und Land spätestens bei Abwicklung der Reserve auszugleichen.

In der Vergangenheit haben die Bergbauunternehmen bereits rund 1 Million Tonnen Steinkohle vorzeitig aus der Reserve entnommen. Die Unternehmen kommen damit dem Bestreben der öffentlichen Hand nach, jede Chance zu nutzen, um die in der Reserve eingelagerten Kohlemengen noch vor dem derzeitigen gültigen Rückkauftermin zu verringern.

Während der Kokscohlerunde am 4.11.1988 wurde im Zuge der Regelungen für den neu zu gestaltenden Kokscohlenplafond bis 1991 beschlossen, daß die Ruhrkohle AG (RAG) rund 1,7 Millionen Tonnen Koks vorzeitig aus der Nationalen Kohlenreserve entnimmt. Von dieser Menge soll die RAG rund 1 Millionen Tonnen in den inländischen Markt einschleusen und rund 0,7 Millionen Tonnen in Drittmärkte absteuern.

Damit Bund und Land ihrer Verpflichtung zum Ausgleich der sich bei vorzeitigen Rückkäufen ergebenden Unterdeckungen gegenüber dem Einlieferungspreis nachkommen können, müssen im Haushalt 1989 entsprechende Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht werden. Beim korrespondierenden Haushaltstitel des Bundes wurden entsprechend diesem Ergebnis der Kokscohlerunde die bisher im Haushalt 1989 eingestellten Verpflichtungsermächtigungen um 24 Millionen DM erhöht.

Entsprechend der Drittelbeteiligung des Landes ist daher die bisher im Landeshaushalt 1989 eingestellte Verpflichtungsermächtigung bei Kapitel 08 050 Titel 697 16 von bisher 9,5 Millionen DM um 12 Millionen DM auf 21,5 Millionen DM zu erhöhen.

Die Anträge zu Kapitel 08 050 Titel 697 13 und 697 16 wurden einstimmig von Ausschuß angenommen.

II. Anträge der SPD-Fraktion

Der Sprecher der SPD-Fraktion brachte zum Ausdruck, daß der vorliegende Haushaltsentwurf der Landesregierung mit der ergänzenden Vorlage die zielgerichtete Antwort auf die wirtschaftlichen Herausforderungen an das Land Nordrhein-Westfalen sei. Neben dem Kohlevorrang würden wichtige Schwerpunkte, wie zum Beispiel die rationelle Energieverwendung, der Mittelstand und teilweise die Ausbildungsplätze finanziert. Darüber hinaus leiste dieser Teil des Haushalts auch wichtige Beiträge für die "Zukunftsinitiative Montanregionen". Dadurch sei garantiert, daß über die z.Z. gute konjunkturelle Lage hinaus auch mittel- und langfristig neue Impulse zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur im Bereich der Qualifizierung, im Bereich der Verbesserung der Umwelt- und Energiesituation und auch im Bereich der Technologieförderung gegeben werden könnten.

Die von seiner Fraktion vorgeschlagenen Änderungen sollten lediglich einige zusätzliche Akzente setzen.

- | | |
|-------------------|---|
| 1. Kapitel 08 030 | - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes |
| Titelgruppe 66 | - Verbraucheraufklärung, Verbraucherberatung, Verbraucherschutz |
| Titel 684 66 | - Zuschüsse für laufende Zwecke an Verbraucherverbände |

Die SPD-Fraktion stellte den Antrag, bei den Erläuterungen zur Titelgruppe 66 die "Erhöhung der Angestelltenstellen bei der institutionellen Förderung um eine Stelle BAT Vc" vorzusehen. Das Stellensoll 1989 würde sich somit auf 162,5 erhöhen.

Hierbei handele es sich um zwei neue Halbtagsstellen, die einerseits für die Ausweitung der Aktivitäten der Verbraucherzentrale im Bereich Verbraucherpaß und andererseits für die Durchführung von Ernährungskursen benötigt würden.

Es sei sichergestellt, daß sich diese Aktivitäten aus Erlösen der Verbraucherzentrale refinanzieren, so daß der Haushalt nicht zusätzlich belastet würde.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion vom Ausschuß angenommen.

2. Kapitel 08 030 - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes
- Titelgruppe 68 - Zuschüsse für die Bereitstellung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen für Jugendliche

Zu dieser Titelgruppe beantragte die SPD-Fraktion die folgenden Änderungen:

- a) Titel 653 68 - Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
- Kürzung des Ansatzes von 3 509 000 DM um 205 900 DM auf 3 303 100 DM.
- b) Titel 683 68 - Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen
- Kürzung des Ansatzes von 44 924 000 DM um 1 593 000 DM auf 43 331 000 DM.
- Kürzung der Verpflichtungsermächtigungen von 95 110 000 DM um 20 260 000 DM auf 74 850 000 DM.
- c) Titel 684 68 - Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
- Kürzung des Ansatzes von 59 058 000 DM um 2 428 100 DM auf 56 629 900 DM.
- d) Titel 685 68 - Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland
- Kürzung des Ansatzes von 57 289 000 DM um 2 123 000 DM auf 55 166 000 DM.

Der Sprecher der SPD-Fraktion betonte, daß sich die Situation auf den Ausbildungsstellenmarkt, insgesamt gesehen, etwas ent-

schärft habe. Die Ausbildungsplatzbilanz zum 30.09.1988 sei annähernd ausgeglichen. Das sei jedoch noch kein Anlaß für Entwarnung:

10 373 Jugendliche konnten keinen Ausbildungsplatz bekommen, aber dem stünden 9 017 Ausbildungsplätze gegenüber, die nicht besetzt wären. Unter Berücksichtigung der 5 000 Ausbildungsplatzbewerber, die noch in Warteschleifen wären, könne man angesichts der guten konjunkturellen Situation und der seit dem 30.09.1988 bekannten Daten sagen, es sei zwar richtig, die Anstrengungen auf dem Sektor der Ausbildungsplatzförderung nach wie vor weiter zu führen; man wäre aber der Hoffnung, daß man das nicht mehr in dem Umfang wie in der Vergangenheit zu tun brauche und müsse auch dazu anmerken, daß es nicht unbedingt Sinn und Aufgabe der öffentlichen Hand sein kann, in Konkurrenz zur Wirtschaft doppelt Ausbildungsplätze anzubieten. Man wolle, wie es auch in der Vergangenheit immer wieder gesagt worden wäre, die Wirtschaft natürlich nicht aus der Verantwortung für Ausbildungsplätze entlassen.

Unter diesen Prämissen halte es die SPD-Fraktion für vertretbar, in der Titelgruppe 68 - Zuschüsse für die Bereitstellung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen für Jugendliche - bei den Berufsförderlehrgängen 2,41 Millionen DM Barmittel und 3,38 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen abzuziehen und bei den Sonderausbildungsgruppen 3,94 Millionen DM Barmittel und 16,88 Millionen DM bei den Verpflichtungsermächtigungen zu kürzen.

Abstimmungsergebnisse:

a) zu Titel 653 68

SPD:	Zustimmung
CDU:	Enthaltung
F.D.P.:	Zustimmung

- | | | | |
|--------------------|--------|---------|------------|
| b) zu Titel 683 68 | Ansatz | SPD: | Zustimmung |
| | | CDU: | Enthaltung |
| | | F.D.P.: | Zustimmung |
| | VE | SPD: | Zustimmung |
| | | CDU: | Enthaltung |
| | | F.D.P.: | Enthaltung |
| | | | |
| c) zu Titel 684 68 | | SPD: | Zustimmung |
| | | CDU: | Enthaltung |
| | | F.D.P.: | Zustimmung |
| | | | |
| d) zu Titel 685 68 | | SPD: | Zustimmung |
| | | CDU: | Enthaltung |
| | | F.D.P.: | Zustimmung |

- | | | |
|----|-----------------------|---|
| 3. | <u>Kapitel 08 030</u> | - Förderung der Wirtschaft,
insbesondere des Mittelstandes |
| | <u>Titelgruppe 73</u> | - Maßnahmen zur Förderung des Be-
rufsausbildung |
| | <u>Titel 893 73</u> | - Zuschüsse für Investitionen
an Sonstige im Inland |

Der Antrag der SPD-Fraktion, den Ansatz bei Titel 893 73 von 16 000 000 DM um 2 300 000 DM auf 13 700 000 DM zu kürzen, wurde mit den Stimmen der SPD und der F.D.P. bei Enthaltung der CDU vom Ausschuß angenommen.

Der Sprecher der SPD-Fraktion betonte, daß das Land Nordrhein-Westfalen seit Jahren die Berufsberatung im Handwerk - auch abweichend und unterschiedlich zu anderen Bundesländern - fördere. Er möchte jedoch noch einmal unterstreichen, daß seine Fraktion die dann für die Ausbildungsberatung zur Verfügung stehenden 1,33 Millionen DM für notwendig und sinnvoll erachte und daß die Maßnahme auch im Rahmen des vorhandenen Titelansatzes weitergeführt werden solle.

Die Reduzierung der Sonderausbildungsgruppen um 500 Plätze von 2 000 auf 1 500, wie es der Haushaltsentwurf der Landesregierung vorsieht, bedeute dann auch weniger Investitionen, so daß die SPD-Fraktion vorschläge, die Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland um 2,3 Millionen DM Investitionsmittel zu kürzen.

Im Zusammenhang mit Kapitel 08 030 Titelgruppe 73
- Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung -
richtete der Ausschuß auf Antrag der SPD-Fraktion,
dem sich die Fraktionen der CDU und F.D.P. anschlossen,
an die Landesregierung die Bitte, im Rahmen des Haus-
haltsvollzugs bei

Titel 685 73 - Sonstige Zuschüsse für laufende
Zwecke im Inland

die "Bereitstellung vom 1,33 Millionen DM zugunsten der
Ausbildungsberatung im Handwerk" vorzunehmen.

Außerdem bat der Ausschuß auf Antrag der SPD-Fraktion
mit Zustimmung der F.D.P. und bei Ablehnung der CDU
die Landesregierung, ebenfalls im Rahmen des Haushalts-
vollzugs bei

Titel 685 75 - Zuschüsse für die Förderung der
Außenwirtschaft und des inner-
deutschen Wirtschaftsverkehrs

zur Verbesserung des Exportchancen des Handwerks die
"Bereitstellung von 250 000 DM zugunsten der Handwerks-
beteiligung "Hannover Messe 1989" mit dem Ziel, für das
Handwerk zwei bis drei Inlands- oder Auslandsmessen, vor-
zugsweise Auslandsmessen, zusätzlich zu finanzieren."

III. Anträge der CDU-Fraktion

1. Kapitel 08 010 - Ministerium für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
- Titel 422 10 - Bezüge der Beamten
- Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten

Die CDU-Fraktion stellte den folgenden Antrag,

- a) Für 30 Stellen des höheren Dienstes im Ministerium für
Wirtschaft, Mittelstand und Technologie ist ein kw-
Vermerk auszubringen.
- b) Sollten von dieser Einsparung Angestellte betroffen sein,
so sind diese Stellen entsprechend zu behandeln.

Die CDU-Fraktion wies in ihrer Begründung hierzu darauf hin,

daß die Landesregierung die Gründung einer Investitionsbank in der Westdeutschen Landesbank beschlossen habe. Hiermit verbunden sei auch die Übertragung der fachlichen Prüfung der Einzelprojekte auf die Investitionsbank, die bisher im Haus des Wirtschaftsministers durchgeführt wurde. Zu diesem Zweck stelle die WestLB zusätzlich 46 qualifizierte Fachleute ein.

Die Entscheidung, eine Investitionsbank mit diesen umfassenden Aufgaben zu begründen, wirke für den Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie in erheblichem Umfang arbeitsentlastend. Dieses Einsparungspotential habe sich bisher noch nicht im Stellenplan des Einzelplans 08 niedergeschlagen.

Bei sehr vorsichtiger Abschätzung müßten mindestens 30 Beamte/Angestellte eingespart oder anderen Aufgaben zugeführt werden können. Da es sich in jedem Fall um Bedienstete des höheren Dienstes handeln werde, könne von ca. 100 000 DM Kosten pro Stelle ausgegangen werden. Das Einsparungsvolumen betrage also mittelfristig mindestens 3 Millionen DM.

Der Ausschuß lehnte diesen Antrag mit den Stimmen der SPD, die sich der Argumentation der CDU nicht anschließen konnten, gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. ab.

- | | |
|--------------------------|--|
| 2. <u>Kapitel 08 030</u> | - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes |
| <u>Titelgruppe 68</u> | - Zuschüsse für die Bereitstellung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen für Jugendliche |
| <u>Titel 684 68</u> | - Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen |

Die CDU-Fraktion beantragte den Ansatz von 59 058 000 DM um 10 000 000 DM auf 49 058 000 DM zu kürzen.

Die Sprecherin der CDU begründete den Kürzungsantrag mit dem Hinweis, daß - wie die Haushaltsrechnung 1988 für die ersten drei Quartale ausweise - für den genannten Titel des Wirt-

schaftshaushaltes nur ein äußerst geringer Anteil der zur Verfügung gestellten Finanzmittel tatsächlich abgerufen worden sei.

Die SPD-Fraktion verwies auf ihren eigenen angenommenen Kürzungsantrag zu diesem Titel und betonte, daß sie einer weiteren Kürzung nicht zustimmen könne.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. vom Ausschuß abgelehnt.

- | | | |
|----|-----------------------|---|
| 3. | <u>Kapitel 08 030</u> | - Förderung der Wirtschaft,
insbesondere des Mittelstandes |
| | <u>Titelgruppe 73</u> | - Maßnahmen zur Förderung der Be-
rufsausbildung |
| | <u>Titel 893 73</u> | - Zuschüsse für Investitionen
an Sonstige im Inland |

Die CDU-Fraktion stellte den Antrag, den Ansatz von 16 000 000 DM um 5 000 000 DM auf 11 000 000 DM zu kürzen und verwies hierbei auf die Begründung ihres Antrages zu Kapitel 08 030 Titel 684 68.

Der Sprecher der SPD-Fraktion machte auch hier auf den Kürzungsantrag seiner eigenen Fraktion zu diesem Titel aufmerksam, so daß der Antrag dann mit den Stimmen der SPD gegen die der CDU und F.D.P. vom Ausschuß abgelehnt wurde.

IV. Anträge der F.D.P.-Fraktion

- | | | |
|----|-----------------------|---|
| 1. | <u>Kapitel 08 030</u> | - Förderung der Wirtschaft,
insbesondere des Mittelstandes |
| | <u>Titel 683 20</u> | - Zuschüsse für Maßnahmen im
Stahlbereich |

Die F.D.P.-Fraktion beantragte den Ansatz von 70 000 000 DM um 50 000 000 DM auf 20 000 000 DM zu kürzen.

Begründung:

Die Fraktionen von SPD, CDU und F.D.P. haben im Antrag "Stahlpolitik" Drucksache 10/1856, im Frühjahr 1987 ein-

stimmig beschlossen: "Schließungsbeihilfen werden landesweit abgelehnt. Es ist auch nicht Aufgabe des Landes, sich an der Finanzierung von Sozialplanhilfen zu beteiligen. Forschungs- und Entwicklungsbeihilfen müssen auch in Zukunft zur weiteren Modernisierung der Stahlindustrie beitragen."

Die Bewältigung des Strukturwandels und die Schaffung neuer Arbeitsplätze erfolgt durch verstärkte Forschungs- und Entwicklungsarbeiten an neuen Produkten in Wachstumsbranchen und an Zukunftsprodukten, durch die Umstellung und Erweiterung der Produktpalette der Stahlindustrie und durch die verstärkte Ansiedlung kleiner und mittlerer Unternehmen.

Unabhängig von der Beschlußlage des Landtags dürften wegen der guten Stahlkonjunktur die Mittel 1989 nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen werden.

Die Fraktionen von SPD und CDU folgten dem Anliegen der F.D.P. nicht und lehnten den Antrag ab.

2. Kapitel 08 030 - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Fremdenverkehrs
- Zu folgenden Titeln dieses Kapitels beantragte die F.D.P.-fraktion die nachstehend aufgeführten Änderungen:
- a) Titel 685 11 - Zuschüsse für Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs
Erhöhung des Ansatzes von 2 500 000 DM um 500 000 DM auf 3 000 000 DM.
- b) Titel 685 12 - Zuschüsse für Maßnahmen zur Förderung des Handwerks
Erhöhung des Ansatzes von 3 740 000 DM um 500 000 DM auf 4 240 000 DM.
- c) Titel 685 13 - Zuschüsse für Maßnahmen zur Förderung des Handels
Erhöhung des Ansatzes von 2 358 000 DM um 500 000 DM auf 2 858 000 DM.

d) Titel 685 14

- Zuschüsse für Maßnahmen
zur Förderung des Gastgewerbe

Erhöhung des Ansatzes von 780 000 DM um 500 000 DM auf
1 280 000 DM.

e) Titel 685 15

- Zuschüsse für Maßnahmen
zur Förderung des mittelstän-
dischen Straßenverkehrs-
gewerbes

Erhöhung des Ansatzes von 175 000 DM um 200 000 DM auf
375 000 DM.

Die F.D.P.-Fraktion begründete ihre Erhöhungsanträge mit der Notwendigkeit, den mittelständischen Bereich stärker zu fördern als dies die Landesregierung vorgesehen habe.

Die vorstehenden Anträge wurden mit den Stimmen der SPD bei Enthaltung der CDU gegen die Stimmen der F.D.P. vom Ausschuß abgelehnt.

3. Kapitel 08 030

- Förderung der Wirtschaft,
insbesondere des Mittel-
standes

Titelgruppe 75

- Förderung der Außenwirt-
schaft und des innerdeutschen
Wirtschaftsverkehrs und von
Messen

Titel 685 75

- Zuschüsse für die Förderung
der Außenwirtschaft und des
innerdeutschen Wirtschafts-
verkehrs

Die F.D.P.-Fraktion beantragte hier

a) den Ansatz von 5 700 000 DM um 1 000 000 DM auf
6 700 000 DM zu erhöhen und

b) die Erläuterungen um folgenden Satz zu ergänzen:

"In diese Maßnahmen werden verstärkt Handwerksbetriebe
mit exportorientierter Produktion einbezogen".

Begründet wurde der Antrag mit der Notwendigkeit der Stärkung der Messeaktivitäten.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der SPD, die die vorgesehenen Mittel für ausreichend erachtet, gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. vom Ausschuß abgelehnt.

4. Kapitel 08 030

- Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes

Die F.D.P.-Fraktion beantragte, im Kapitel 08 030 folgenden neuen Titel einzufügen:

Zuschüsse für besondere wirtschaftsfördernde Maßnahmen zur Vorbereitung der Wirtschaft, insbesondere der mittelständischen Unternehmen und der Selbständigen auf den gemeinsamen Markt in Europa 1992.

Ansatz: 1 000 000 DM

Erläuterungen zu dem neuen Titel:

Die Förderung umfaßt die Gewährung von Zuschüssen an

- Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft
- Wirtschaftsverbände und -vereinigungen
- Forschungs-, Schulungs- und Beratungseinrichtungen in der Trägerschaft der Wirtschaft, zu deren Aufgaben es gehört, den Unternehmen die Tatbestände und Abläufe des gemeinsamen Binnenmarktes in Europa 1992 sowie die sich daraus ergebenden Chancen und Risiken in geeigneter Weise näherzubringen.

Die Förderung umfaßt auch Verbilligungszuschüsse zur Einzelberatung von mittelständischen Unternehmen und Selbständigen durch Beratungsfirmen und unabhängige Sachverständige.

Die Mittel dienen auch der Erstellung von Analysen über die Chancen und Herausforderungen des gemeinsamen Binnenmarktes in Europa 1992, der Erstellung von Expertisen und der pilotmäßigen Beratung.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der SPD gegen die der CDU und F.D.P. vom Ausschuß abgelehnt.

5. Kapitel 08 030 - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes

Die F.D.P.-Fraktion stellte den Antrag, im Kapitel 08 030 einen weiteren neuen Titel einzufügen:

Zuschüsse für Maßnahmen zur Förderung von Erfindern.

Ansatz: 200 000 DM

Erläuterung:

Die Mittel sind vorgesehen für die Beratung von Erfindern durch neutrale Fachleute, die deren Erfindungen und Entwicklungen ohne die Belastung hoher Gutachtergebühren beurteilen. Die Förderung trägt dazu bei, daß sich erfinderrische Aktivität und technisch-wissenschaftliche Kreativität von Einzelpersonen in Nordrhein-Westfalen stärker entwickeln, daß das allgemeine Klima für Erfindungen und Innovationen verbessert und die Umsetzung von Erfindungen in die praktische Anwendung beschleunigt wird.

Auch diesem Antrag konnte sich die SPD-Fraktion nicht anschließen und lehnte den Antrag ab. Die CDU-Fraktion enthielt sich der Stimme.

C Gesamtabstimmung

Bei der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 08 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie - unter Berücksichtigung der angenommenen Änderungen mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion vom Ausschuß angenommen.

Müller

Vorsitzender